

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Datum
12.12.2014
Ausschussbetreuender Fachbereich
Zentraler Dienst 5-10
Schriftführung
Hans-Jörg Fedder
Telefon-Nr.
02202-142865

Niederschrift

Integrationsrat der Stadt Bergisch Gladbach
Sitzung am Donnerstag, 11.09.2014

Sitzungsort

Rathaus Gladbach, Großer Sitzungssaal, Konrad-Adenauer-Platz 1, 51465 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 21:22 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

19.12 Uhr – 19.19 Uhr

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Integrationsratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
Seite 3/36
- 2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
Seite 3/36
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Integrationsrates am 26.06.2014**
0329/2014
Seite 3/36
- 4 Mitteilungen des Vorsitzenden**
Seite 4/36

4.1	Anträge Herrn Samiraes	
4.1.1	Antrag vom 10.09.2014 zur Änderung der Geschäftsordnung	<i>Seite 4/36</i>
4.1.2	Antrag vom 11.09.2014 zur Flüchtlingsunterkunft	<i>Seite 5/36</i>
4.1.3	Antrag vom 03.09.2014 zum Diversity Management Event	<i>Seite 6/36</i>
5	Mitteilungen des Bürgermeisters <i>0394/2014</i>	<i>Seite 8/36</i>
5.1	Vortrag zum Thema "Pflege für Migranten"	<i>Seite 9/36</i>
6	Rückblick auf die Wahl des Integrationsrates am 25.05.2014 - Beantwortung noch offener Fragen durch Herrn Widdenhöfer	<i>Seite 10/36</i>
7	Bestellung eines stellvertretenden Schriftführers <i>0331/2014</i>	<i>Seite 12/36</i>
8	Vorschlag zur Bestellung von Mitgliedern des Integrationsrates als sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner in Ausschüsse <i>0332/2014</i>	<i>Seite 12/36</i>
9	Ergebnisse des Klausurtages am 23.08.2014 <i>0390/2014</i>	<i>vertagt</i>
10	Vorstellung der gebildeten Arbeitskreise mit geplanten Projekten	<i>Seite 13/36</i>
11	Arbeitskreis "Dialog der Religionen und Kulturen"	<i>Seite 14/36</i>
12	Integrationskonzept	<i>vertagt</i>
13	Aktivitäten der Salafisten - geht uns das etwas an?	<i>vertagt</i>
14	Anträge der Fraktionen	<i>Seite 14/36</i>
14.1	Antrag der Internationalen Liste vom 30.07.2014 zur Verwendung der jährlichen Mittel in Höhe von 50.000 € <i>0400/2014</i>	<i>Seite 14/36</i>
15	Anfragen	<i>Seite 15/36</i>

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Integrationsratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Der 1. Stellvertretende Vorsitzende des Integrationsrates, Herr Bartoszewicz, eröffnet die zweite Sitzung des Integrationsrates in der neunten Wahlperiode des Rates der Stadt Bergisch Gladbach und stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Integrationsrates fest. Die fehlenden Integrationsratsmitglieder sowie die anwesenden Vertreter ergeben sich aus der Teilnehmerliste (*Anlage 1*).

Herr Bartoszewicz begrüßt Herrn Buhleier in Vertretung Frau Siebenmorgens, Frau Schlich (Fachbereichsleiterin Jugend und Soziales) und Herrn Turan.

Er und Herr Buhleier verweisen auf drei Anträge Herrn Samiraes, die nicht in die Tagesordnung aufgenommen wurden. Diese Anträge sind nicht fristgerecht bei der Verwaltung eingegangen. Das probeweise eingeführte Verfahren, Anträge über den Vorsitzenden der Verwaltung zuzuleiten, habe sich leider nicht bewährt. Er bittet darum, Anträge zukünftig unmittelbar per Post der Geschäftsführerin Frau Siebenmorgen zu schicken, die sie dem Vorstand weiterleitet.

Herr Buhleier weist darauf hin, unter welchen Voraussetzungen nach § 4 Abs. 1 der Geschäftsordnung für den Integrationsrat der Vorsitzende Anträge auf die Tagesordnung setzen muss. Anträge, die nicht von mindestens einem Fünftel der Integrationsratsmitglieder unterschrieben wurden, kann der Vorsitzende in die Tagesordnung aufnehmen.

Im Einzelnen handelt es sich um folgende Anträge:

1. Antrag vom 03.09.2014 zum Diversity Management Event (*Anlage 4*),
2. Antrag vom 10.09.2014 zur Änderung der Geschäftsordnung (*Anlage 2*),
3. Antrag vom 11.09.2014 zur Flüchtlingsunterkunft (*Anlage 3*) sowie
4. Antrag vom 08.09.2014 zur Bildung der Arbeitskreise (*Anlage 5*). Dieser Antrag könne mit dem schon vorhandenen Tagesordnungspunkt gemeinsam beraten werden.

Herr Buhleier schlägt vor, die Anträge 1. – 3. ohne formellen Beschluss nach den Mitteilungen des Vorsitzenden (TOP Ö 4) in die Tagesordnung aufzunehmen.

Herr Bartoszewicz stellt fest, dass gegen diese Vorgehensweise kein Widerspruch erhoben wird. Darüber hinaus schlägt er vor, die Tagesordnung um den Punkt 5.1 „Vorstellung des Herrn Turan“ zu ergänzen. Auch hiergegen wird kein Widerspruch erhoben.

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift über die Sitzung des Integrationsrates am 26.06.2014 wird genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Integrationsrates am 26.06.2014 0329/2014

Auf Anfrage Herrn Farbers bedauert der Schriftführer, dass dessen Anfrage nach der finanziellen Ausstattung der Integrationsräte in Städten vergleichbarer Größe wie Bergisch Gladbach urlaubsbedingt noch nicht beantwortet wurde.

Herr Farber ist erstaunt über die Ausführung auf Seite 33 der Niederschrift (Antwortschreiben an Herrn Samirae zu Fragen zum Integrationskonzept der Stadt Bergisch Gladbach), wonach eine weitere Landesförderung über 20.000 € nicht bekannt sei. Aus der 2. Förderung sei das „Eisenbahnprojekt“ entstanden. Im Protokoll vom 29.04.2010 zum Integrationskonzept sei vermerkt, dass die Stadt 2009 ein weiteres Mal an der Landesförderung KOMM-IN teilnahm. Dabei ging es um Vereinsengagement.

Herr Buhleier weist darauf hin, dass aufgrund der ursprünglichen Anfrage archivierte Akten überprüft und zu dieser Landesförderung nichts gefunden wurde. Zum Zeitpunkt der Prüfung sei nicht bekannt gewesen, um welches Projekt es sich handelte.

Auf Anfrage Herrn Samiraes nach der Beantwortung der Anfragen aus der letzten Sitzung verweist Herr Bartoszewicz auf die Ausführungen zu TOP Ö 18 der Niederschrift. Herr Buhleier verweist darauf, dass Antwortschreiben zu gestellten Anfragen selbstverständlich auch dem Integrationsrat zur Kenntnis gebracht werden. Zur konkreten Anfrage zu Flüchtlingen verweist Herr Buhleier auf Seite 27/54 der Niederschrift.

Die Vorlage wird ansonsten zur Kenntnis genommen.

4. Mitteilungen des Vorsitzenden

Herr Bartoszewicz trägt keine Mitteilungen vor.

4.1. Anträge Herrn Samiraes

4.1.1. Antrag vom 10.09.2014 zur Änderung der Geschäftsordnung

Herr Buhleier verweist auf den als *Anlage 2* beigefügten Antrag und schlägt über den Antrag hinaus vor, dass die Verwaltung die gesamte Geschäftsordnung unter sachlichen und rechtlichen Gesichtspunkten wertet. In einer der nächsten Sitzungen wird die Verwaltung im Rahmen einer Vorlage ihre Änderungsvorschläge der geltenden Geschäftsordnung gegenüberstellen. In dieser Vorlage würde auch auf die Änderungsvorschläge Herrn Samiraes eingegangen. Um dem Integrationsrat weitere Änderungsvorschläge zu ermöglichen, schlägt er eine Beratung in zwei Sitzungen vor.

Frau Dönmez weist darauf hin, dass sich der Integrationsrat mit den Anträgen Herrn Samiraes noch nicht befassen konnte.

Herr Tollih spricht sich dafür aus, die Satzung in den Arbeitskreisen zu behandeln und unterstützt ansonsten Herrn Buhleiers Vorschlag.

Der Integrationsrat fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig bei einer Enthaltung)

Der Antrag Herrn Samiraes zur Änderung der Geschäftsordnung wird wie von Herrn Buhleier vorgeschlagen bearbeitet.

4.1.2. Antrag vom 11.09.2014 zur Flüchtlingsunterkunft

Herr Buhleier verweist auf den als *Anlage 3* beigefügten Antrag, den Herr Samirae begründet.

Frau Schlich erläutert zunächst die Vorgehensweise der Verwaltung, die im Schreiben Herrn Martmanns an Herrn Samirae dargestellt ist. Die Unterbringung in einer eher außerhalb gelegenen Aufnahmefeinrichtungen sei nicht erlaubt.

Seit Herbst letzten Jahres sei absehbar, dass die vorhandenen Einrichtungen für Flüchtlinge nicht mehr ausreichen. Seitdem wurden verschiedene Möglichkeiten der Unterbringung geprüft. Einige Unterbringungsmöglichkeiten wurden umgesetzt, die aber nicht ausreichen.

Nur das Bastei-Lübbe-Gebäude lasse sich als Unterbringungsmöglichkeit nutzen. Eine Anmietung sei finanziell nicht sinnvoll. Alternativen gebe es nicht. Zur Betreuung der Flüchtlinge werden zusätzlich drei befristete Stellen geschaffen. Sie stellt die geplante Ausstattung des Gebäudes dar. Der Umbau soll Ende Januar 2015 abgeschlossen sein. Bis dahin besteht die Möglichkeit, verstärkt Personen in Hotels unterzubringen. Gespräche würden auch mit einzelnen Kirchengemeinden geführt. Gesucht würden zudem Wohnungen für endgültige Unterbringungen.

Herr Samirae kritisiert, die Verwaltung habe gegen das Informationsrecht des Rates und des Integrationsrates verstoßen. Da nur eine Unterbringungsmöglichkeit vorgeschlagen wird, hätten die gewählten Vertreter keine Alternative und auch keine Zeit, einen anderen Beschluss zu fassen. Er bittet um Prüfung eines Alternativvorschlags.

Herr Tollih hätte sich eine schriftliche Darstellung der Unterbringungsmöglichkeiten durch Herrn Martmann gewünscht. Er ist dafür, sich zusammen mit der Verwaltung um die bestmögliche Umsetzung zu bemühen, damit die Unterbringung bis Ende Januar nicht gefährdet wird, und regt eine enge Zusammenarbeit des Arbeitskreises „Flüchtlinge“ des Integrationsrates mit dem entsprechenden städtischen Arbeitskreis an.

Frau Schlich betont, die Verwaltung habe ihre Aufgabe erfüllt, den entscheidenden Gremien eine Vorlage mit der bestmöglichen Lösung vorzulegen. Sie erhofft sich die Unterstützung des Integrationsrates dabei, den Flüchtlingen zu helfen.

Herr Farber begrüßt Herrn Samiraes Antrag als Anlass für Frau Schlichs Ausführungen.

Herr Bartoszewicz sieht den Integrationsrat in der Pflicht, die Flüchtlinge zu unterstützen. Der Integrationsrat sei bereit, gemeinsam mit der Verwaltung Lösungen zu suchen. Über eine frühzeitige Beteiligung des Integrationsrates durch die Verwaltung hätte auch er sich gefreut.

Dass das Bastei-Lübbe-Gebäude als Unterbringungsmöglichkeit infrage komme, wisse er schon seit zwei Monaten. Die vorgetragene Entwicklung begrüßt er. Er wisse auch um die Bemühungen der Verwaltung bei der Suche nach Unterbringungsmöglichkeiten.

Alle Kommunen seien derzeit mit der Flüchtlingssituation überfordert. Auch die Bürgergesellschaft sei gefragt.

Verschiedene Mitglieder des Integrationsrates sprechen sich für eine bessere Kommunikation und eine bessere Zusammenarbeit zwischen Integrationsrat und Verwaltung aus.

Auf Anfrage Herrn Dresbachs erklärt Frau Schlich, die Verweildauern der Flüchtlinge seien unterschiedlich lang. Sie verweist auf ausländerrechtliche Auflagen hinsichtlich der Unterbringung.

Kontingentflüchtlinge aus Syrien bekämen sofort eine Aufenthaltsgenehmigung und eine Arbeitserlaubnis. Sie können auch sofort in ein privates Mietverhältnis überführt werden.

Die Verwaltung könne bis zur Ratssitzung keine Alternative zum Bastei-Lübbe-Gebäude vorschlagen.

Frau Heidberg-Schwettmann erinnert an den Zeitaufwand in Zusammenhang mit dem Lösungsvorschlag „Bastei-Lübbe-Gebäude“. Sie halte es für unzumutbar, dass die Verwaltung neben ihrer sonstigen Arbeit nochmals eine Alternativlösung suchen soll.

Herr Tollih beantragt den Schluss der Rednerliste.

Der Integrationsrat fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig bei zwei Enthaltungen)

Die Rednerliste wird geschlossen.

Zu einem Wortbeitrag Herrn Crommes zu Alternativlösungen verweist Frau Schlich auf die bauaufsichts- und bauordnungsrechtliche Prüfung der Zulässigkeit von Wohnen im Bastei-Lübbe-Gebäude. Unmittelbar neben diesem Gebäude wird bereits gewohnt. Würde das städtische Vorhaben von der Bauordnung genehmigt, habe die Klage eines Anwohners nicht unbedingt aufschiebende Wirkung. Sie erinnert an die Unterbringung von Flüchtlingen in den 90er Jahren teilweise in Eisenbahnwaggons, die man ausdrücklich vermeiden möchte. Die Verwaltung prüfe dauernd mögliche Entwicklungen und ergreife notwendige Maßnahmen. Der Integrationsrat würde dann frühzeitig informiert.

Herr Samirae fasst seinen Antrag wie folgt zusammen:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Alternative zur Unterbringung der Flüchtlinge zu erarbeiten aus dem Prinzip der Vorsicht heraus, dass das Vorhaben im Bastei-Lübbe-Gebäude misslingt.

Der Integrationsrat fasst folgenden

Beschluss: (bei fünf Ja-Stimmen, fünf Nein-Stimmen und sechs Enthaltungen)

Der Antrag „Die Verwaltung wird beauftragt, eine Alternative zur Unterbringung der Flüchtlinge zu erarbeiten aus dem Prinzip der Vorsicht heraus, dass das Vorhaben im Bastei-Lübbe-Gebäude misslingt.“ wird abgelehnt.

Frau Schlich bittet um Verständnis dafür, diese Sitzung wegen einer anderen Ausschusssitzung verlassen zu müssen. Unter Beifall des Integrationsrates bedankt sich Herr Bartoszewicz für ihre Teilnahme.

4.1.3. Antrag vom 03.09.2014 zum Diversity Management Event

Herr Buhleier stellt sein Verständnis der Zielsetzung des Antrags (*Anlage 4*) dar. Er erinnert an einen anderen Antrag zum Thema Diversity Management in der letzten Sitzung des Integrationsrates und den dazu gefassten Beschluss. U. a. versteht er den aktuellen Antrag so, dass der vorige Antrag wieder von der Tagesordnung der Ratssitzung am 30.09. abgesetzt wird.

Das Budget des Integrationsrates ist für dieses Jahr erschöpft. Auf das Budget für 2015 könne vor der Verabschiedung und der Genehmigung des Haushalts nicht zugegriffen werden. Die Verwendung von Mitteln des Integrationskonzeptes müsse erst noch im Detail geprüft werden. Über eine Verwendung *dieser* Mittel muss ein Beschluss der ASWDG herbeigeführt werden. Das sei frühestens Anfang Dezember möglich.

Um einen solchen Beschluss zu fassen, sei es sinnvoll, die Gesamtkosten der Maßnahme darzustellen. Z. B. sei für einen fachkundigen Referenten (im Antrag wird Herr Stuber vorgeschlagen) mit einem Honorar von geschätzt 1.000 € bis 2.000 € zu rechnen. Für eine externe Moderation sei mit weiteren etwa 1.000 € zu rechnen. Der Integrationsrat müsse sich weiterhin die Kosten eventuell

beschädigter oder zerstörter Hartfaserplatten, die als Werbeträger genutzt werden sollen, bewusst machen.

Die Veranstaltung soll an einem Montag stattfinden und sich an Ratsmitglieder wenden. Montags tagen aber die Fraktionen, sodass ein anderer Tag sinnvoller erscheint.

Herr Buhleier empfiehlt daher, über die Durchführung einer solchen Veranstaltung erst nach der Vorlage einer aussagekräftigen Konzeption incl. Finanzierungsplan zu entscheiden.

Herr Samirae erläutert die Vorlage. Wenn das Budget des Integrationsrates in Anspruch genommen werden muss, sei er mit einer Verschiebung der Veranstaltung bis nach Verabschiedung des Haushalts einverstanden. Er fürchtet eine nochmalige Ablehnung des Diversity Managements, wenn die Öffentlichkeit nicht (kurzfristig) informiert wird. Sein Antrag zielt auf einen generellen Beschluss zur Durchführung eines Events und die Festlegung eines Termins. Ohne Terminfestlegung sei es nicht möglich, frühzeitig die gewünschten Abgeordneten einzuladen.

Herr Tollih erinnert an die Beschlussempfehlung des Integrationsrates an den Rat hinsichtlich eines Beitritts zur Charta der Vielfalt und eines Konzeptaufbaus durch die Verwaltung. Vor einem Ratsbeschluss dazu möchte er noch kein Geld zur Verfügung stellen. Daher beantragt er die Ablehnung des gestellten Antrags.

Herr Cromme zitiert aus der nachgereichten Vorlage zu TOP Ö 14.1: „Hier bietet sich die Möglichkeit an, zu prüfen, ob bestimmte Vorhaben, deren Kosten noch nicht gedeckt sind, aus den für das Integrationskonzept zur Verfügung stehenden Mitteln finanziert werden können.“ Im weiteren Verlauf der Vorlage würde dargestellt, dass noch erhebliche Mittel aus dem Integrationskonzept zur Verfügung stehen. Am Geld könne es also nicht scheitern.

Für Herrn Bartoszewicz entsprechen diese Ausführungen dem Vorschlag Herrn Buhleiers.

Herr Farber beantragt die Verweisung des vorliegenden Antrags den Vorstellungen Herrn Buhleiers entsprechend mit einer positiven Empfehlung des Integrationsrates an den Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann.

Herr Bartoszewicz unterstützt den Vorschlag Herrn Buhleiers. Die Veranstaltung finde er gut und zu wichtig, um sie über das Knie zu brechen.

Frau Celik beantragt den Schluss der Rednerliste.

Der Integrationsrat fasst folgende

Beschlüsse: 1. (mehrheitlich gegen eine Stimme bei zwei Enthaltungen)

Die Rednerliste wird geschlossen.

2. (sieben Ja-Stimmen, sieben Nein-Stimmen, drei Enthaltungen)

Der schriftliche Antrag Herrn Samirae wird bei Stimmengleichheit abgelehnt.

3. (mehrheitlich mit elf Stimmen bei fünf Gegenstimmen und einer Enthaltung)

Der Antrag Herrn Farbers, Herrn Buhleiers Vorschlag einer Verweisung in den ASWDG zu folgen und diese Verweisung mit einer Empfehlung des Integrationsrates zu verbinden, wird angenommen.

Herr Kunze beantragt den Schluss der Aussprache.

Der Integrationsrat fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich mit sechs Stimmen bei fünf Gegenstimmen und fünf Enthaltungen)

Der Antrag auf Schluss der Aussprache wird abgelehnt.

Herr Samirae beantragt eine Unterbrechung der Sitzung für fünf Minuten, um sich über die weitere Vorgehensweise beraten zu können.

Der Integrationsrat fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich gegen vier Stimmen)

Die Sitzung wird für fünf Minuten unterbrochen.

Herr Bartoszewicz weist darauf hin, dass der Antrag Herrn Samiraes abgelehnt wurde und der Antrag Herrn Farbers damit nicht statthaft war. Die Abstimmung über den Antrag Herrn Farbers ist somit nichtig.

Herr Buhleier schlägt vor, bei **TOP Ö 10: Vorstellung der gebildeten Arbeitskreise mit geplanten Projekten** auf diesen Antrag zurückzukommen und die Bildung eines Arbeitskreises des Integrationsrates zu beschließen, der eine Veranstaltung zum Thema Diversity Management für das Jahr 2015 konzeptioniert und eine Finanzierungsplanung entwickelt wird. Ziel ist, dass die gewünschte Veranstaltung stattfinden kann.

Im Integrationsrat besteht Einvernehmen, so zu verfahren.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters 0394/2014

Herr Buhleier verweist auf verteilte Unterlagen zum Fest der Kulturen, zum Weltkindertag und zur Seniorenkulturwoche.

Sodann erinnert Herr Buhleier an einen Vortrag im Juni 2014 im Integrationsrat zum Thema „180°-Wende“. Dieser Vortrag wurde im Integrationsrat, im Jugendhilfeausschuss und im ASSG gut aufgenommen. Für den Stadtteil Bockenberg wurde ein Konzept vorgelegt. Es soll eine Mädchen- und Frauengruppe installiert werden, die sich zu unterschiedlichen Themen treffen soll und von zwei weiblichen Coaches geleitet wird. Er sei optimistisch, dem Integrationsrat in der nächsten Sitzung das Konzept vorzulegen und im Dezember vom ASWDG beschließen lassen zu können. Das Konzept soll im Integrationskonzept eingebunden werden.

Sodann verweist er auf die schriftliche Vorlage.

Herr Bartoszewicz berichtet kurz über eine Klausurtagung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge „Anerkennungskultur vor Ort“.

Herr Buhleier berichtet über eine Mitteilungsvorlage in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 10.09.2014 zum Thema Bildung und Teilhabe/Schulsozialarbeit. Der Jugendhilfeausschuss fasste dazu folgenden einstimmigen Beschluss:

„Der Jugendhilfeausschuss sieht den Bedarf und die Notwendigkeit für den nachhaltigen Erhalt der präventiven Netzwerkstrukturen in Bergisch Gladbach.

Er fordert daher den Rat auf, im Rahmen der Haushaltsplanberatungen die finanziellen Rahmenbedingungen zu schaffen, die präventiven Netzwerkstrukturen nachhaltig zu erhalten.“

Der Integrationsrat fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig bei einer Enthaltung)

Der Integrationsrat schließt sich der Erklärung des Jugendhilfeausschusses zur Fortführung der Netzwerkarbeit in Bergisch Gladbach an.

5.1. Vortrag zum Thema "Pflege für Migranten"

Herr Turan trägt vor:

Die Familien der Migranten der ersten Stunde würden nicht mehr wie früher in einer Gemeinschaft wohnen. Die Renten seien gering. Der Zugang der Pflege- und Krankenkassen sei nicht leicht. Oft fehlen den Pflegebedürftigen Informationen über die Leistungen der Pflegeversicherung.

In Nordrhein-Westfalen bestehen keine Pflegestützpunkte. Jeder Pflegebedürftige habe Anspruch auf eine Pflegeberatung, die aber nicht von der Pflegekasse gewährt wird. Herr Turan beschreibt kulturelle und Sprachprobleme bei der Pflege von Migranten. Z. B. würde die Pflege von einer Frau muslimischen Glaubens durch einen Mann nicht angenommen. Ambulante Pflegedienste würden ebenfalls nicht angenommen. Bevorzugt würde häusliche Pflege durch Familienangehörige. Dies scheitere, wenn keine Familienangehörigen in der Nähe wohnen. Finanzielle Möglichkeiten für eine Versorgung durch engagierte Nachbarn, Enkel etc. würden oft fehlen. Interessanter wären Pflegeleistungen in finanzieller Form.

Die Pflege wird durch Gesetz zum 01.01.2015 reformiert.

Herr Turan appelliert an den Integrationsrat, beim Kreis die Einrichtung einer Pflegeberatungsstelle zu beantragen. Diese müsse nicht auf das Gebiet der Stadt Bergisch Gladbach beschränkt sein.

Verschiedene Mitglieder des Integrationsrates bedanken sich für den Vortrag.

Herr Bartoszewicz schlägt vor, im Vorstand das Thema zu konkretisieren. Es wäre möglich, einen Beschluss vorzubereiten. Außerdem spricht er sich für eine gesonderte Veranstaltung zu diesem Thema aus.

Für Frau Dönmez wird das Thema „Pflege“ unterschätzt. Pflege gehe zulasten der Familien, die Gelegenheit haben müssten, sich weiterzuentwickeln. Sie fragt, ob die Situation Pflegebedürftigen mit Migrationshintergrund in Bergisch Gladbach im Rahmen einer Statistik erfasst werden kann.

Herr Turan ist der Auffassung, die gewünschten Daten seien nicht von der Pflegeversicherung zu bekommen. Genauso wichtig wie die Pflege selbst sei die Unterstützung pflegender Angehöriger. Eine wichtige Funktion komme dem Pflegeberater zu.

Auf Anfrage Herrn Farbers sieht Herr Turan Unterstützungsbedarf bei der Einrichtung einer Pflegeberatung für Migranten auf Gemeinde- oder Kreisebene. Diese Unterstützung erhofft er sich vom Integrationsrat. Ärzte seien dankbar für Informationen über Pflegeberater.

Zu einer Anmerkung Herrn Basyigits erklärt Herr Turan, Pflegeberater gebe es seit 2008. Die Krankenkassen hätten eigene Pflegeberater, die aber den Bedarf nicht decken können und die auch nicht unabhängig seien. Die Krankenkassen würden sich daher teilweise an die ambulanten Pflegedienste halten.

Ab 2017 gebe es fünf Pflegestufen. Jeder Pflegebedürftige müsse dann neu eingestuft werden. Herr Tollih bestätigt, dass es in den Bereichen Gesundheit und Pflege in den nächsten Jahren auch bei Menschen mit Migrationshintergrund einen steigenden Bedarf gibt. Er vermisst einen Arbeitskreis, der sich mit Gesundheit befasst. Denkbar seien auch eine gemeinsame Informationsveranstaltung des Integrationsrates mit Herrn Turan für betroffene Migranten und Listen von Ärzten mit Migrationshintergrund, die an Migranten verteilt werden.

Unter Beifall des Integrationsrates bedankt sich Herr Bartoszewicz bei Herrn Turan für den Vortrag.

6. Rückblick auf die Wahl des Integrationsrates am 25.05.2014 - Beantwortung noch offener Fragen durch Herrn Widdenhöfer

Herr Bartoszewicz teilt zunächst mit, dass sich Herr Widdenhöfer entschuldigen lässt.

Zunächst trägt Herr Bodengesser vor und beantwortet Anfragen der Mitglieder des Integrationsrates.

Er bestreitet, dass eine Vielzahl Eingebürgerter nicht zur Wahl zugelassen wurden. Wahlberechtigt waren alle, die mindestens eine Staatsangehörigkeit haben, also auch Doppelstaatler und Eingebürgerte, die die deutsche Staatsangehörigkeit auf Antrag erhalten haben. Es wurden 278 Anträge auf Eintragung in das Wählerverzeichnis gestellt. 94 wurden in das Wählerverzeichnis eingetragen, die die Unterlagen komplett eingereicht haben. Bei 184 Anträgen fehlten die nötigen Unterlagen, so dass sie nicht in das Wählerverzeichnis eingetragen werden konnten. Die Nachweispflicht liege beim Antragsteller. Es wurden keine Anträge nicht bearbeitet. Die 184 Antragsteller, die nicht alle Unterlagen beifügten, konnten wegen Anhäufung von Wahlen nicht auf fehlende Unterlagen hingewiesen werden. Darüber wurden die Antragsteller vorab informiert.

Auch unter den 94 Fällen, die in das Wählerverzeichnis eingetragen wurden, waren unvollständige Anträge. Diese konnten durch Rückfragen beim Rheinisch-Bergischen Kreis geklärt werden. Die Wahl lief korrekt ab.

Die Wahlperioden des Rates und des Integrationsrates laufen bis zum 31.10.2020. Sofern das Gesetz nicht geändert wird, finden beide Wahlen gleichzeitig statt.

Es besteht keine gesetzliche Verpflichtung, jeden einzelnen Antragsteller auf fehlende Unterlagen hinzuweisen. Wer mit mehreren Anträgen vorsprach, wurde entsprechend informiert.

Herr Farber wiederholt die aufgetretenen Probleme:

1. Bei der offiziellen Eröffnungsveranstaltung hätten sowohl Herr Bodengesser als auch Frau Siebenmorgen erklärt, alle Eingebürgerten würden schriftlich zur Wahl aufgefordert.
2. Weder die Mitglieder des alten Integrationsrates noch die Listen wurden darüber informiert, dass sie die eingebürgerten Migranten über ihr Wahlrecht informieren sollten. Die Informationen liefen seines Wissens nur über die deutsche Presse. Die Informationen waren so spärlich, dass die meisten Eingebürgerten nichts von der Wahl wussten.
3. Mit dem Antrag auf Eintrag in das Wählerverzeichnis mussten Einbürgerungsurkunden vorgelegt werden. Herr Bodengesser habe ihm und Herrn Cromme die Auskunft erteilt, dass die Anträge durch den Rheinisch-Bergischen Kreis überprüft würden. Herr Bodengesser hätte auch zugesagt, die Anträge auch ohne Kopie der Einbürgerungsurkunde zu bearbeiten.
4. Auch Anträge mit Kopien der Einbürgerungsurkunden wurden vor Ablauf der Antragsfrist mit der Begründung nicht bearbeitet, sie seien zu spät eingegangen.
5. Auch in Fällen, in denen ein Blatt des Antrages abgegeben wurde, wurden die Antragsteller nicht darauf hingewiesen, dass das zweite Blatt fehlte. Herr Farber möchte wissen, ob es in solchen Fällen nicht üblich sei, Antragsteller auf fehlende Unterlagen hinzuweisen und ihnen die Möglichkeit zu geben, fehlende Unterlagen nachzureichen.

Herr Bodengesser erklärt, dass alle Anträge bearbeitet wurden. Die angesprochene Informationsveranstaltung sei eine Veranstaltung für die Kandidaten gewesen.

Die Informationen, wer wahlberechtigt ist, geht in der Ortspresse an die Wahlberechtigten. Das Verfahren dazu ist gesetzlich vorgeschrieben. Werbung für die Wahl erfolgt nicht durch das Wahlbüro.

Auf dem Antragsvordruck stehe ausdrücklich, dass eine Einbürgerungsurkunde beizufügen sei. Die Frist für die Antragstellung ergibt sich aus der Kommunalwahlordnung. Selbstverständlich war es jedoch möglich, fehlende Unterlagen nachzureichen.

Herr Basyigit erklärt, Herr Bodengesser habe ihm gegenüber die beschriebenen Auskünfte nicht erteilt. Herr Basyigit und Herr Cromme erklären, die Auskunft während der Eröffnungsveranstaltung sei gewesen, alle Eingebürgerten würden benachrichtigt.

Herr Kunze beantragt Schluss der Rednerliste.

Der Integrationsrat fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich gegen vier Stimmen)

Der Antrag auf Schluss der Rednerliste wird abgelehnt.

Herr Ljura spricht sich für die Zukunft für ein elektronisches einfaches Verfahren zum Datenabgleich aus.

Herr Bodengesser nimmt die vorgebrachten Anregungen gerne auf, kann aber rechtliche Änderungen nicht vornehmen.

Auf Anfrage Herrn Crommes erklärt Herr Bodengesser, ihm sei nicht bekannt, warum der Rheinisch-Bergische Kreis nicht zu einem Abgleich der Einbürgerungsdatei mit der städtischen Einwohnerdatei bereit war. Eine Änderung würde wohl erst erfolgen, wenn es für einen solchen Abgleich eine Rechtsgrundlage gebe.

Auf Anfrage Herrn Samirae verweist Herr Bodengesser darauf, dass die Zusammenlegung der Kommunalwahl und der Wahl zum Integrationsrat gesetzlich vorgeschrieben sei und er dies nicht ändern könne. Alle öffentlichen Bekanntmachungen wurden ins Internet eingestellt.

Herr Bartoszewicz spricht sich dafür aus, rechtzeitig vor der nächsten Wahl das Gespräch mit der Verwaltung zu suchen.

Frau Münzer beantragt unter Hinweis auf die fortgeschrittene Zeit die Vertagung der Tagesordnungspunkte Ö 9 bis Ö 13. Im weiteren Verlauf der Beratung zieht Frau Münzer diesen Antrag zurück. Herr Farber spricht sich für eine Vertagung der Tagesordnungspunkte Ö 9, Ö 12 und Ö 13 aus. Herr Samirae beantragt ergänzend, eine weitere Sitzung durchzuführen.

Herr Buhleier spricht sich dagegen aus, sich grundsätzlich auf fünf oder sechs Sitzungen jährlich festzulegen. Er bittet darum, es dem Vorstand zu überlassen, nach einem konkreten zusätzlichen Sitzungstermin zu suchen. Zur nächsten regulären Sitzung wird festgestellt, wie viele Tagesordnungspunkte es gibt. Wird bei der Vorbereitung der Sitzung festgestellt, ob die anstehenden Tagesordnungspunkte in einer Sitzung abgehandelt werden können oder ob es einer weiteren Sitzung bedarf.

Herr Bartoszewicz verweist auf die beabsichtigte Bildung von Arbeitskreisen.

Herr Farber würde einem Antrag zustimmen, mindestens eine Sitzung jährlich mehr durchzuführen. Er stimme auch zu, dass der Vorstand darüber nachdenkt.

Der Integrationsrat fasst folgende

Beschlüsse: 1. (mehrheitlich mit zehn Stimmen bei drei Gegenstimmen und drei Enthaltungen)

Es wird jährlich eine Sitzung mehr als bisher durchgeführt. Der Vorstand wird dies in Ruhe und in Abstimmung mit der Verwaltung beraten.

2. (einstimmig)

Die Tagesordnungspunkte Ö 9, Ö 12 und Ö 13 werden vertagt.

7. **Bestellung eines stellvertretenden Schriftführers**
0331/2014

Herr Jung stellt sich vor.

Der Integrationsrat fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig bei zwei Enthaltungen)

Der Integrationsrat bestellt Herrn Oliver Jung zum stellvertretenden Schriftführer des Integrationsrates.

8. **Vorschlag zur Bestellung von Mitgliedern des Integrationsrates als sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner in Ausschüsse**
0332/2014

Herr Tollih schlägt Frau Dönmez als beratendes Mitglied für den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr vor. Frau Dönmez ist zu einer Kandidatur bereit.

Als persönlichen Stellvertreter für Frau Dönmez schlägt Herr Kunze Herrn Tollih und Herr Samirae sich selbst vor.

Der Integrationsrat fasst folgende

Beschlussempfehlungen:

1. (einstimmig)

Als beratendes Mitglied für den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr wird Frau Melisa Dönmez bestellt.

2. (mehrheitlich mit sieben Stimmen für Herrn Tollih, vier Stimmen für Herrn Samirae und einer Enthaltung)

Zum persönlichen Stellvertreter für Frau Dönmez wird Herr Tollih bestellt.

9. **Ergebnisse des Klausurtages am 23.08.2014**
0390/2014

Dieser Punkt wurde vertagt.

10. **Vorstellung der gebildeten Arbeitskreise mit geplanten Projekten**

Herr Buhleier erläutert die bisherige Vorgehensweise bei der Bildung von Arbeitskreisen und weist auf den Antrag Herrn Samirae (*Anlage 5*) mit dem Ziel eines formellen Beschlusses zur Einrichtung von Arbeitskreisen hin. Ein solcher formeller Beschluss kann Voraussetzung für die Gewährung von Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgeldern sein. Herr Buhleier schlägt vor, die Arbeitskreise zu benennen und einen Beschluss zu fassen.

Herr Bartoszewicz erinnert an die Klausurtagung, bei der die aktiven Arbeitskreise genannt wurden. Während der Klausurtagung fand eine Verständigung auf sechs Arbeitskreise statt:

- Arbeitskreis Öffentlichkeitsarbeit (*Herr Samirae, Herr Iyilik*)
- Arbeitskreis Schule, Bildung, Flüchtlinge (*Frau Münzer, Herr Schacht*)
- Arbeitskreis Buch (*Herr Iyilik, Herr Farber*)
- Arbeitskreis Besuch der Vereine (*Migrantenvereine und deutsche Vereine; Herr Basyigit, Herr Farber, Herr Samirae, Herr Dresbach*)
- Arbeitskreis Internationales Kochen (*Herr Farber*)
- Arbeitskreis Dialog der Religionen und Kulturen (*Herr Basyigit, Herr Ljura*)
- Zusätzlich: Arbeitskreis Diversity Management (*Herr Samirae*)

Herr Bartoszewicz führt auf Anfrage Herrn Ljuras aus, dass man sich jederzeit einem Arbeitskreis anschließen könne und dies auch gewünscht sei. Jeder (auch diejenigen Bewerber, die nicht gewählt wurden) könne an jedem Arbeitskreis teilnehmen. Es können auch Experten hinzugezogen werden.

Herr Kunze erklärt, die bisherige Regelung habe gut funktioniert. In der informellen Gestaltung der Arbeitskreise sehe er Vorteile z. B. bei der Bildung weiterer Arbeitskreise. Auf Anfrage Herrn Kunzes erklärt Herr Buhleier, im vorliegenden Antrag sehe er einen Antrag zur Sache gemäß § 16 der Geschäftsordnung.

Der Integrationsrat fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich mit fünf Stimmen bei drei Gegenstimmen und sechs Enthaltungen)

Der Antrag Herrn Samirae, der Integrationsrat möge die unter Tagesordnungspunkt 10 gebildeten Arbeitskreise und der bereits existierenden Arbeitskreise beschließen, wird abgelehnt.

Herr Samirae verweist darauf, dass der Termin für das Diversity Management Event nicht mehr zu halten sei. Er bittet darum, dass sich ein Arbeitskreis zum Thema Diversity Management bildet. Er beantragt zu prüfen, ob Arbeitskreise offiziell errichtet werden müssen.

Herr Bartoszewicz stellt fest, dass die Geschäftsordnung keine offizielle Bildung von Arbeitskreisen vorschreibt. Vielmehr kann der Integrationsrat Arbeitskreise bilden (§24 Geschäftsordnung).

Herr Buhleier erklärt, die Verwaltung prüfe derzeit Herrn Samirae Antrag, ob die Möglichkeit besteht, in Arbeitskreisen Aufwandsentschädigungen zu bezahlen. Im Rahmen dessen wird auch geprüft, ob ein formeller Beschluss zur Bildung von Arbeitskreisen erforderlich ist.

Herr Krasniqi stellt fest, dass es sich um einen Prüfauftrag handelt, der nicht beschlossen werden muss.

11. Arbeitskreis "Dialog der Religionen und Kulturen"

Herr Basyigit weist auf das Fest der Kulturen am 21.09.2014 rund um die Gnadenkirche hin. Dazu wurde ein Hinweis auf die Tische verteilt.

Herr Samirae bittet die Verwaltung zu prüfen, ob die schon existierenden Arbeitskreise jemals offiziell beschlossen wurden. *(Die gewünschte Prüfung ergab, dass es keinen solchen Beschluss gibt.)*

12. Integrationskonzept

Dieser Tagesordnungspunkt wurde vertagt.

13. Aktivitäten der Salafisten - geht uns das etwas an?

Dieser Tagesordnungspunkt wurde vertagt.

14. Anträge der Fraktionen

Über den nächsten Tagesordnungspunkt hinaus liegen keine Anträge vor.

14.1. Antrag der Internationalen Liste vom 30.07.2014 zur Verwendung der jährlichen Mittel in Höhe von 50.000 € 0400/2014

Herr Farber begrüßt die Stellungnahme der Verwaltung

Herr Buhleier informiert den Integrationsrat darüber, dass in die Haushaltsentwürfe für die Jahre 2015 und 2016 jeweils 50.000 € für das Integrationskonzept eingestellt wurden.

Herr Samirae geht davon aus, dass der Ansatz von 50.000 € für dieses Jahr nicht ausgeschöpft wurde. Er beantragt, der Integrationsrat möge einen Antrag an den Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie, Gleichstellung von Frau und Mann richten, die übrigen Mittel in Abstimmung mit dem Integrationskonzept für eine Infoveranstaltung in Sachen Diversity Management für nächstes Jahr bereitzustellen und dies in Abstimmung mit der Verwaltung noch dieses Jahr organisiert.

Herr Buhleier verweist darauf, dass diese Haushaltsmittel nicht in das nächste Jahr übertragbar sind. Er erinnert an die vorangegangene Beratung zum entsprechenden Antrag Herrn Samiraes.

Herr Dresbach verweist unter Beifall des Integrationsrates darauf, dass Herr Schmitz (Initiator der SUM – Solidarität und Menschenrechte-Stiftung) den Spielplatz am Bastei-Lübbe-Gebäude in Planung und Konzeption unterstützen möchte. Er möchte sich auch finanziell beteiligen.

15. Anfragen

Herr Ljura

Im Zusammenhang mit den Flüchtlingen verweise ich auf Kulturdolmetscher, die viele Kommunen in Deutschland haben. Viele Migranten haben auch noch nach Jahren Schwierigkeiten, andere Kulturen zu verstehen.

Herr Samirae

Am 28. September 2014 findet eine interessante Veranstaltung von Amnesty International zu dessen 40. Geburtstag statt. Die Veranstaltung findet von 15.00 Uhr bis 17.00 Uhr im großen Saal der Gnadenkirche statt. Es wird eine kleine Ausstellung gezeigt und ein unterhaltsames Programm mit verschiedenen interessanten Referenten dargeboten. Herr Samirae gibt eine Einladung in Umlauf.

Herr Tollih

Herr Tollih berichtet über eine Kinovorführung im Bergischen Löwen vor zwei Wochen. Aufgeführt wurde der Film „Exit Marrakesch“. Die Veranstaltung war gut besucht.

Herr Bartoszewicz bedankt sich für die konstruktive Sitzung und schließt sie um 21.22 Uhr.

gez. Bartoszewicz
Erster Stellvertretender
Vorsitzender

gez. Schriftführung